Freiheitsfackel

MITTEILUNGSBLATT

FÜR DIE MITGLIEDER DES FREIHEITSBUNDES E. V. LANDESVERBAND BERLIN

Nummer 24

„Herrliche Zeiten — herrlicher Frühling"

Das erste Wort sprach Kaiser Wilhelm II. — König von Gottes Gnaden — aus, als er unsere Eltern herrlichen Zeiten entgegenführen wollte. Als Kinder und Jugendliche haben wir die Kriegs- und Nachkriegszeit erlebt, die eine Folge der herrlichen Zeiten war.

Das Wort vom herrlichen Frühling finden wir in einer Leserzuschrift in der „Welt am Sonntag" vom 17. 5. 1959, in der ein Unbelehrbarer schreibt: „Es ist doch nicht zu bestreiten, daß 1933 mit Hitler ein herrlicher Frühling durch die deutschen Lande zog; wie dieser Mann der deutschen Jugend einen neuen Lebenssinn gab, so daß sie freudig und begeistert sich für ihn und das Vaterland eingesetzt hat und notfalls in den Tod zu gehen bereit war." Hier schreibt ein Mann, der vor 1933 nicht denken konnte, aber der nach 1933 ein ausgezeichneter Befehlsempfänger war und nach dem Zusammenbruch des Tausendjährigen Reiches nichts dazu gelernt hat. In diesen Tagen besteht die Bundesrepublik zehn Jahre. Es war schwer, aus dem Nichts heraus eine demokratische Grundordnung zu schaffen. Aber jetzt ist es schon möglich, daß Menschen, die nicht positiv zu dieser Grundordnung stehen, versteckt ihre Meinung äußern dürfen. Dieser Tonfall kommt uns bekannt vor! Nach 1933 sprachen die treuen Gefolgsleute des großen Führers vom „Deutschen Frühling". Diejenigen, die skeptisch diesen Worten lauschen mußten, wurde die Skepsis ausgetrieben, indem sie in Schutzhaft genommen wurden. Die Nazis haben es verstanden, der Institution der polizeilichen Schutzhaft einen anderen Sinn zu geben und vorgetäuscht, daß diese aufrechten Leute vor der Wut des deutschen Volkes geschützt werden müßten.

Den herrlichen Frühling haben wir kennengelernt, sei es als Außenstehender, als Pimpfe, in der HJ oder im BDM, im Arbeitsdienst — und in der Partei. In den einzelnen Wehrorganisationen bis zur NS Volkswohlfahrt haben sie den Lebensweg jedes einzelnen Deutschen beschattet.

Daß Hitler die Arbeitslosigkeit durch eine Aufrüstung beseitigen wollte, war uns allen vor 1933 bekannt. Die Arbeitslosigkeit in Deutschland war eine Nachkriegserscheinung des 1. Weltkrieges, weil alle Länder während des Krieges ihre Rüstungsindustrien aufbauten. Im Frieden wollten diese Staaten ihre Produkte verkaufen, ein Überangebot von Waren auf dem Weltmarkt war die Folge, so daß viele Industrien auf ihren Erzeugnissen sitzenblieben.

Die Arbeiter wurden entlassen. Geschwächte Kaufkraft kurbelt die Industrie nicht an. Die Weltwirtschaftskrise erfaßte alle Industriestaaten und führte zur Massenarbeitslosigkeit in den

einzelnen Staaten. Diese Argumente sind denen geläufig, die sich nur ein wenig mit diesen Problemen befaßt haben. Der aufrechte Mann, der nichts dazu gelernt hat, spricht aber jetzt davon, daß 1933 mit Hitler ein herrlicher Frühling durch die deutschen Lande zog. Als auf Befehl von Goebbels die Werke deutscher Schriftsteller vor der Berliner Universität im Frühjahr 1933 verbrannt wurden, schrieb ein Schriftsteller an ihn: „. . . , aber Ihre Taten sind die Ächtung der Idee Goethes und Lessings, Herders und Schillers, Wielands und Rankes und aller jener Männer, die um die reinsten Werte Deutschlands gerungen haben und sie in die Welt trugen."

Heute aber, zehn Jahre nach der Gründung der Bundesrepublik, dürfen die Ewig-Gestrigen aber in einer demokratischen Zeitung von einem herrlichen Frühling 1933 schreiben.

Deshalb sind wir verpflichtet, für die erforderliche Aufklärung der Massen und Erziehung zum demokratischen Denken zu sorgen, damit jenes Unheilgewitter von 1933 sich für Deutschland und die ganze Welt nicht wiederholt.

K. N.

Wir lassen uns nicht für dumm verkaufen . . .

Der Bundesvorstand der Hiag, „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS", versandte in letzter Zeit eine Denkschrift, betitelt „Die Waffen-SS und das Gesetz gemäß Artikel 131 GG". Im Tätigkeitsbericht dieser Denkschrift werden als besondere Aufgaben angeführt:

Vermißtensuchdienst,
Unterstützung der Arbeit des Volksbundes Deutsche Kriegsgräberfürsorge e. V.,
Fürsorge für Witwen und Waisen gefallener Soldaten der Waffen-SS,
Unterstützung der noch in Gefangenschaft befindlichen Soldaten der Waffen-SS.

(Für Fürsorge und Unterstützungsaufgaben brachte die Hiag nach eigenen Angaben seit 1950 durch Spenden aus Kameradenkreisen 1¼ Mill. DM auf.)

Beseitigung der ungerechten Diffamierung der Waffen-SS in Presse, Rundfunk und Film durch Aufklärung über den wahren Sachverhalt und Aussprache mit den im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien und den staatsbejahenden Organisationen und

Wiederherstellung der Rechtsgleichheit der ehemaligen Berufssoldaten der Waffen-SS mit allen anderen Dienstvertragsteilnehmern des ehemaligen Deutschen Reiches durch Einbeziehung in das Gesetz gemäß Artikel 131 GG.

Eine mit der Überschrift „Erklärung" beigefügte Beilage des Generaloberst a. D. Paul Hausser („Als Senior der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS sehe ich mich veranlaßt zu erklären:") verkündete sodann u. a.:

Die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS waren Soldaten und ihre Truppe staats- und völkerrechtlich gesehen ein Teil der Streitkräfte des Deutschen Reiches.

Zu keiner Zeit hatten die Soldaten der Waffen-SS einen Einfluß auf das politische Geschehen, denn sie kamen als junge Männer zur Truppe.

Aus ihrem Kriegserleben haben sie später die Einsicht gewonnen, daß die politische Führung Deutschland ins Unglück geführt hat.

Sie hatten mit den unmenschlichen KZ-Verbrechen nichts zu schaffen; sie kämpften wie alle anderen Soldaten der Wehrmacht an der Front.

Nur Unkenntnis und Begriffsverwirrung brachte diese Männer in einen Zusammenhang mit diesen Untaten.

Uns hindert keine falsche Kameradschaft, das in den KZ-Lagern geschehene Verbrechen zu nennen. Die in den KZ-

Prozessen unrühmlich bekannt gewordenen Personen haben nie zur Waffen-SS gehört.

Die „Hilfsgemeinschaft auf Gegenseitigkeit der ehemaligen Soldaten der Waffen-SS" steht auf dem Standpunkt strikter parteipolitischer Neutralität. Politische Betätigung ist Privatsache jedes einzelnen.

Eine Betätigung in radikalen Gruppen jedoch ist mit der Mitgliedschaft in der „Hiag" nicht zu vereinbaren.

Die Denkschrift selbst bringt dann nicht nur Bilder und Aussprüche von Bundeskanzler Dr. Adenauer („Die Männer der Waffen-SS waren Soldaten wie alle anderen auch!") und Bundesverteidigungsminister Dr. Josef Strauß („. . . Wie ich persönlich über die Leistungen der in der Front eingesetzt gewesenen Verbände der Waffen-SS denke, wird Ihnen bekannt sein. Sie sind selbstverständlich in meiner Hochachtung vor dem deutschen Soldaten des letzten Weltkrieges einbezogen . . ."), sondern noch um ein Dittel größer im Format finden wir in ihr auch das Bild von Dr. Kurt Schumacher mit „Auszügen aus seinem Brief vom 30. Oktober 1951 an Herrn Professor Herschel". Schumacher schrieb danach: „Aus dem zweiten Weltkrieg sind mehr als 900 000 Angehörige der früheren Waffen-SS zurückgekehrt. Diese Waffen-SS ist weder mit der Allgemeinen SS, noch mit den speziellen Organisationen der Menschenvernichtung und -verfolgung gleichzusetzen, sondern hat sich selbst als eine Art vierter Wehrmachtsteil gefühlt und ist damals auch so gewertet worden."

„Die Mehrzahl dieser 900 000 Menschen ist in eine ausgesprochene Pariarolle geraten. Sie sind kollektiv haftbar für die Verbrechen des SD und der Menschenvernichtungsaktionen gemacht worden, trotzdem sie als Waffen-SS kaum nähere Berührung damit hatten als mancher andere Wehrmachtsteil."

„Die Sozialdemokratische Partei ist ausgegangen und geht aus von jeder Ablehnung und Bekämpfung der Kollektivschuld."

„Uns scheint es eine menschliche und staatsbürgerliche Notwendigkeit zu sein, diesen Ring (der kollektiven Haftbarmachung) zu sprengen und der großen Masse der früheren Angehörigen der Waffen-SS den Weg zu Lebensaussicht und Staatsbürgertum freizumachen."

„Ihnen, die keine kriminelle Schuld auf sich geladen haben, sollte man die Möglichkeit geben, sich erfolgreich mit der für sie neuen Welt auseinanderzusetzen."

„Ihnen hilft nicht, wenn die Nutznießer und Mitschuldigen der Hitlerdiktatur ihnen großmütig Pardon anbieten. Es müssen Verfolgte der zwölf Jahre sein, die der moralischen und politischen Seite dieser Angelegenheit allein gerecht werden."

Der letzte Satz ist wohl als Kernstück der Schumacherschen Auffassung zum Problem Waffen-SS zu werten, mag man sonst wie immer alten Bieffragmenten gegenüber mißtrauisch sein. Aus dem Zusammenhang gerissen, ist bekanntlich manche Brief-Frisur möglich.

Wie wenig es aber die Hiag-Führung in der Praxis mit der Forderung Kurt Schumachers Ernst ist, noch mit ihren Beteuerungen in der Denkschrift, das hat sie wieder einmal am letzten Pfingstsonntag, beim Treffen ehemaliger Fallschirmjäger in Freiburg/Breisgau bewiesen.

Mit General Ramcke, Oberst Rudel, Generaloberst Student und Feldmarschall Kesselring saß da auch ein Vorstandsmitglied der Hilfsgemeinschaft ehemaliger Waffen-SS-Leute, und hörte sich ruhig (vielleicht sogar mit Begeisterung) an, wie man Ramcke als „Löwen von Brest" feierte und rief: „Auch Generalfeldmarschall Schörner gehört in unsere Reihen!"

Es ist bisher nicht bekannt geworden, daß die Hiag von diesem Treiben abgerückt ist, wie der Oberbürgermeister von Freiburg (als Schirmherr der Veranstaltung) und der Vorstand zweier Soldatenverbände.

Bei einer solchen Sachlage ist es geradezu eine Zumutung, uns auf Seite 23 der Denkschrift (Absatz 3) vorzusetzen:

„Allen etwaigen Bedenken gegen die ehemaligen Soldaten der Waffen-SS wegen der nahen Verwandtschaft ihrer Truppenbezeichnung mit dem Begriff „SS" kann mit dem Hinweis auf das jugendliche Alter fast aller Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften dieser Truppe begegnet werden, die bei der Machtübernahme Hitlers allesamt noch Kinder waren oder höchstens das Ende der Jünglingsjahre erreicht hatten."

Anscheinend glaubt die Hiag-Führung zweigleisig fahren zu können, in Versorgungs- und Pensionsansprüchen die sanfte Tour und bei „Helden"-Treffen: „Nur auf den Ramckes lasse sich ein wehrbereiter Staat aufbauen."

Eine Schwalbe, die noch keinen Sommer macht, scheint allerdings Werner Heister, der Vorsitzende der Hiag des Kreises Groß-Gerau zu sein. Er und seine Kameraden wollen sich am 17. Juni, dem „Tag der deutschen Einheit" mit Verfolgten des Nazi-Regimes treffen, um „Gespräche der Versöhnung" zu führen.

Hier könnte ein Ansatzpunkt vorliegen für die Beseitigung des berechtigten Mißtrauens, ob die ehemaligen Angehörigen der Waffen-SS auch tatsächlich mit dem sogenannten nationalsozialistischen Ideengut gebrochen haben. Nach dem bisherigen Verhalten mancher „Heldengestalten" der Waffen-SS grenzt es aber für Opfer des Nationalsozialismus beinahe an Zumutung, mit ehemaligen SS-Leuten „Gespräche der Versöhnung" zu führen.

Unter Mordverdacht verhaftet

Der 46 Jahre alte Regierungsrat z. Wiederverwendung, Gerhard Schneider, zur Zeit Angestellter im niedersächsischen Ministerium für Wirtschaft und Verkehr wurde am 21. Mai d. J. verhaftet. Er wird beschuldigt, im Jahre 1941 als Leiter eines Einsatzkommandos der Waffen-SS bei Massenerschießungen von Juden in Polen und in der Sowjetunion Beihilfe geleistet zu haben.

Bezirkliche Nachrichten:

Herausgeber: Freiheitsbund e. V., Landesverband Berlin. **Verantwortlich:** Franz Meyer, Ernst Carlbergh, beide Berlin-Wilmersdorf, Sigmaringer Str. 8, Telefon 87 29 08. **Druck:** Rudolf Otto, Berlin W 35, Lützowstraße 63, Telefon 13 12 59.